

WAHLANALYSE

Tendenz schwarz



Politik ist kein Spiel. Dennoch: Wie im Fußball kann manchmal ein Spitzenspieler über Sieg und Niederlage entscheiden.

(Fotos: woxx)

"Junckers Sieg" ist das Plebiszit einer Persönlichkeit und die Konsequenz der Erneuerung der CSV. Die aber steht auf wackligen Füßen.

Ein Erdbebensieg für die CSV, schrieb am Tag nach den Wahlen das Luxemburger Wort. In der Tat: 36,1 Prozent, 24 Sitze, so viel haben die Christlich-Sozialen seit 1984 nicht mehr erreicht. Berechnet man, um dem Luxemburger Dreiparteienmodell Rechnung zu tragen, den relativen Anteil der CSV, so kommt man gar auf 47,8 Prozent. Ein solches Übergewicht gegenüber den traditionellen KoalitionspartnerInnen hatte die christlich-soziale Partei zuletzt 1954 erzielt.

Es ist Junckers Sieg, lautete die Analyse der blauen VerliererInnen und der roten NichtgewinnerInnen am Wahlabend. Je stärker der Gegner, um so erträglicher die Niederlage ... Doch der Juncker-Effekt ist nicht so einfach nachzuvollziehen. Gewiss, das persönliche Ergebnis des Premiers ist beeindruckend: 51.407 persönliche Stimmen, zusätzlich zu den Listenstimmen von 14.060 WählerInnen, die im Süden den CSV-Kreis geschwärzt haben. Das ist aber eher ein Symptom als eine Erklärung für den Sieg der Juncker-Partei, denn dieser Panaschierbonus macht weniger als ein Zehntel ihrer Gesamtstimmen im Süden aus. Wichtiger war wohl die gelungene Identifikation der CSV mit ihrem Leader. Auf den Wahlzetteln konnte der Name Jean-Claude Juncker nur in einem Bezirk Stimmen auf sich ziehen, doch zwischen Ulflingen und Schengen war es in den vergangenen Wochen kaum möglich, sich dem Anblick seiner Visage auf den

orangefarbenen Plakaten zu entziehen. Und es war beeindruckend, wie der CSV-Spitzenkandidat in den Rundtischgesprächen und den Face-à-faces seine GegnerInnen mit Leichtigkeit an die Wand spielte.

Visage und Image

Aber reicht das als Erklärung für den Wahlsieg? "Wielt de Message hannert dem Visage", hatte vor den

Wahlen der Mouvement écologique als Motto ausgegeben. Man darf vermuten, dass die hinzugewonnene CSV-Wählerschaft - ausgesöhnte DP-WechselwählerInnen, reumütige ADR-AnhängerInnen und zahlreiche JungwählerInnen - nicht nur für Junckers Visage, sondern auch für die "Message" gestimmt hat. An erster Stelle verkaufte sich die CSV als "de séchere Wee", als Garant für den Schutz vor nicht näher

definierten Bedrohungen in Krisenzeiten. Während Sozialisten und Linke versprachen, in den anstehenden Verteilungskämpfen für die kleinen Leute einzutreten, blendete die CSV-Message die Perspektive solcher Konfrontationen einfach aus. Wenn wir es richtig anpacken, gehen die goldenen Jahre weiter, das war wohl die Botschaft, die die Menschen hören wollten.

Darüber hinaus hat es Jean-Claude Juncker geschafft, das

Image seiner Partei zu verändern. Die Schaffung eines Frauenministeriums, die Einführung des Pacs, die Bejahung einer doppelten Staatsbürgerschaft setzen Zeichen über die konkrete - und teilweise enttäuschende - Umsetzung hinaus. Damit hat der Premier seinen GegenspielerInnen den gesellschaftspolitischen Nährboden entzogen, auf dem Anfang der 70er Jahre eine Anti-CSV-Aufbruchstimmung gewachsen war. Es erklärt auch, warum die CSV - obwohl sie weiterhin vor allem von älteren BürgerInnen gewählt wird - unter den Jugendlichen besonders viele Stimmen hinzu gewinnen konnte. Laut Vorwahl-Umfrage waren neun Prozent der CSV-WählerInnen zwischen 18 und 24 Jahren alt. 1999 waren auf diese Altersgruppe nur sieben Prozent entfallen.

Parallel zum Image-Wandel befließte sich Luc Frieden, das andere Ende des CSV-WählerInnen-Spektrums abzudecken: Konservative Menschen, die sich von Law-and-order-Themen angesprochen fühlen, zur Xenophobie tendieren und teilweise ab 1989 ADR gewählt haben. Der Justizminister war erfolgreich: Das ADR verlor über ein Prozent Stimmen und zwei Sitze. Die Vorwahl-Umfrage belegt, dass die CSV von dieser Wählerabwanderung massiv profitierte.

Spagat

Spannend ist die Frage, ob sich die CSV nach diesem guten Wahlergebnis wieder dauerhaft als die 35-plus-Prozentpartei etablieren kann, die sie bis 1984 war. Denn noch ist unklar, bis zu welchem Punkt die abgefederte Modernisierung im gesellschaftspolitischen Bereich für den konservativen Flügel tragbar ist. Und wie glaubwürdig der - häufig nur verbale - Reformwille in den Augen der fortschrittlichen CSV-AnhängerInnen ist. Das gute Zusammenspiel zwischen dem Bewahrer Luc Frieden und



Rückblick auf die Wahlergebnisse in Prozent der 2004 im Parlament vertretenen Parteien.

(Grafik: woxx)

dem Erneuerer Jean-Claude Juncker mag ideologische Spannungen übertünchen, es schafft sie nicht aus der Welt. Bereits bei der Frage nach der Juncker-Nachfolge könnte das dünne Eis, auf dem die CSV voranschreitet, einbrechen.

Dem historischen Höchststand der CSV steht ein Tiefstand der DP gegenüber. Das Ergebnis von 16 Prozent weist auf die Zeit vor 1968, als die Liberalen als gelegentliche Mehrheitsbeschaffer für die CSV eine politische Nebenrolle spielten. Seit 1974 wird die DP, als kleinste der drei großen Parteien, von CSV und LSAP als mögliche Koalitionspartnerin wahrgenommen. Das jetzige Ergebnis könnte eine Etappe im Auf und Ab der DP seit 1984 sein. Es könnte auch das Ende ihrer Rolle als dritte Volkspartei einläuten, vor allem wenn sich die erfolgreichsten PolitikerInnen - Lydie Polfer und Charles Goerens - in die EU-Institutionen abseilen.

Für die LSAP, seit Jahrzehnten der eigentliche Gegenspieler der CSV, bedeutet dieser kleine Wahlsieg eigentlich ein Scheitern. Noch weniger Prozentpunkte hatte sie nur 1979 und natürlich 1994 zu vermelden - beide Male als Abstrafung ihrer Regierungsarbeit. Aus der Oppositionsrolle heraus ist es ihr nicht gelungen, an die 33-Prozent-Marke heranzurücken, die Alex Bodry im Oktober 2002 in einem woxx-Interview gesetzt hatte: "Langfristig glaube ich, dass wir eine Strategie brauchen, wie wir deutlich über 25 Prozent kommen, auf ein gutes Drittel. Als dominante politische Kraft könnten wir dann unsere Ideen wirklich in einer Koalition durchsetzen." Davon sind die Sozialisten weit entfernt - und werden wahrscheinlich trotzdem in die Regierung gehen.

Auch mit der Verjüngung scheint die LSAP Schwierigkeiten zu haben. Machten die 18-bis-24-Jährigen 1999 noch 16 Prozent ihrer Wählerschaft aus, so sind es 2004 laut Vorwahl-Umfrage nur noch acht Prozent. Insgesamt ist die LSAP nicht mehr und nicht weniger eine Partei der Alten als die CSV, anders als diese jedoch mit steigender Tendenz. In der Regierung werden sie kaum jugendliche Protestwähler anziehen und an sich binden können, wie das Anfang der 70er Jahre gelang.

Protest wählen

Geht man von der These aus, die Unzufriedenheit mit dem politischen System drücke sich durch ein Votum außerhalb der drei traditionellen Parteien aus, so hat sich bei diesen Wahlen wenig geändert. Seit 1989, als ADR und Grüne sich im Parlament etablierten, liegt der Anteil der Stimmen, die nicht auf die drei Großen entfallen, dauerhaft bei 25 Prozent. Folgt man anderen Analysten, so müsste man die Grünen zu den etablierten Parteien zählen und eine Stabilisierung des politischen Systems diagnostizieren.

Der Wahlforscher Fernand Fehlen bezeichnet Déi Gréng

als Programmpartei mit einem Hauptanliegen, dem Umweltschutz. "In diesem Wahlkampf ist es ihnen gelungen, Themen wie öffentlichen Transport und Wohnqualität mit einer Personalisierung des Wahlkampfes zu verbinden. Der Spitzenkandidat François Bausch strahlt die nötige Kompetenz und Seriosität aus", kommentiert Fernand Fehlen. Damit seien Déi Gréng weit entfernt von der "folkloristischen Gründerzeit", würden aber immer noch von vielen als Protestpartei gesehen. "Sie werden aus Opposition gegen die drei großen Parteien gewählt, denen man die Pisa-Misere, die alltäglichen Staus und vor allem fehlende Weitsicht vorwirft", so der Wahlforscher.

Gewonnen haben die Grünen auch nicht etwa weil die DP verloren hat. Die hinzu gewonnenen Stimmen kommen aus den Wählerpotenzialen der drei großen Parteien, nicht aber vom ADR. Zwar bringen beiden Parteien Unzufriedenheit zum Ausdruck, doch ansonsten unterscheidet sie fast alles. Neben den ideologischen Differenzen sind zum Beispiel die grünen WählerInnen eher überdurchschnittlich gebildet, die des ADR dagegen unterdurchschnittlich.

Links von den Grünen dagegen hat das Protestpotenzial nicht für eine parlamentarische Vertretung gereicht. Weder Déi Léng noch die KPL haben den Sprung ins Parlament geschafft. Ein Grund dafür ist mit Sicherheit, dass sie mit getrennten Listen angetreten sind. Rechnet man die Stimmen der beiden Gruppierungen zusammen, hätte es zwar noch immer nicht für einen Sitz gereicht. Doch niemand weiß, wie viele WählerInnen sich von der Spaltung und den geringen Erfolgsaussichten abschrecken ließen.

Nehmen wir an, die nächsten fünf Jahre werden bestimmt von einer großen Koalition, einer mittleren Wirtschaftskrise sowie gesellschafts- und umweltpolitischen Stagnation. Wer wird dann 2009 die Stimmen der Unzufriedenen ernten können? Déi Léng und die KP höchstwahrscheinlich - falls sie die Durststrecke überleben. Das ADR am anderen Ende des politischen Spektrums wohl auch. Für die Grünen wie für die DP wird sich die Frage stellen, wie scharf man ein System angreifen kann, bei dem man eigentlich mitmachen möchte. Bleibt schließlich noch die "Partei", die in allen westlichen Ländern regelmäßigen Zuwachs verzeichnet: die der NichtwählerInnen.

Raymond Klein

Die Zahlen zu Altersgruppen und Wählerwanderungen sind der Vorwahl-Studie von Ilres und Stade (Université de Luxembourg) entnommen.

INTERVIEW

"Die Grünen müssen linke Politik machen"

woxx: Mit einem Sitz im Osten und einem dritten Sitz im Zentrum feiern Déi Gréng einen großen Erfolg. Bereust Du es, nicht dabei zu sein?

Renée Wagener: Auf keinen Fall. Ich hatte schon vor fünf Jahren gesagt, dass ich aussteigen will. Daran hat sich nichts geändert - egal, wie das Resultat nun aussieht.

Freust Du dich denn über den Erfolg?

Ja, denn das jetzige Ergebnis beweist, dass Déi Gréng definitiv eine wichtige Kraft im Parteienspektrum geworden sind. Man kann sogar behaupten, mit fünf Jahren Verspätung. Bei den letzten Wahlen gab es ja noch zwei grüne Listen.

François Bausch sagt, Déi Gréng haben die Wahlen gewonnen, weil sie erstmals geschlossen aufgetreten sind. Heißt das grüne Erfolgsrezept also Konsens um jeden Preis?

Ich meine schon, dass die neue Geschlossenheit beim Wahlergebnis eine Rolle gespielt hat. Andererseits bin ich mir nicht sicher, ob eine grüne Partei, die nur auf Konsens setzt und intern kaum mehr diskutiert, auf Dauer eine Existenzberechtigung hat.

Nicht nur die Streitkultur hat nachgelassen, auch inhaltlich fehlt es den Grünen zunehmend an Biss. Hat die neue Popularität der Partei nicht auch mit konsensfähigen, liberalen Slogans à la 'Neit Kapital fir Lëtzebuerg' zu tun?

Nehmen wir das Beispiel Friedenspolitik. Die wurde während des Kosovokrieges heftig diskutiert. Es gab auch die Kritik, der grüne Mainstream habe sich zunehmend von originär grünen Positionen entfernt. Seitdem ist mit dem Thema nicht mehr viel passiert, wie das Wahlprogramm zeigt. Man lässt die Finger davon, weil die inhaltliche Positionierung so schwierig ist. Oder weil das Thema aneckend und schwer zu vermitteln ist. Mein Verdacht ist aber auch: Die Positionen sind heute wahrscheinlich wirklich andere als noch vor zehn Jahren.

Was denn nun: Haben Déi Gréng aus wahlstrategischen Gründen bestimmte Themen vermieden oder hat sich die Partei von bestimmten Inhalten verabschiedet?

Schwer zu sagen; es hängt vom jeweiligen Thema ab. Die Generationenfrage spielt sicherlich auch eine Rolle. Für den Fraktionspräsidenten François Bausch und andere, die schon viele Jahre in der Partei sind, ist es wohl eher eine taktische Herangehensweise. Bei manchen jüngeren Mitgliedern habe ich aber den Eindruck, dass bestimmte grüne Werte für sie nicht



Hält eine grüne Regierungsbeteiligung zum jetzigen Zeitpunkt für verfrüht: die ehemalige grüne Abgeordnete Renée Wagner.

mehr relevant sind. Das ist auch in den internen Diskussionen um die Notwendigkeit von Quoten zu spüren.

Sind verflachte Inhalte der wahre Grund, warum Du dich von der aktiven Politik verabschiedet hast?

Nein. Die Entscheidung, nicht mehr Politik zu machen, war rein persönlich. Wenn ich mir allerdings anschau, wie sich die Partei entwickelt hat, dann habe ich natürlich eine Meinung dazu.

Und die lautest?

Tatsächlich stelle ich mir die Frage, ob ich mich in der Partei heute noch wieder finde.

Sechs Männer und nur eine Frau ziehen jetzt für die Grünen in die Chamber. Was sagst Du dazu?

Das ist für mich ein typisches Beispiel, wie Anspruch und Realität immer weiter auseinander klaffen. Die Grünen haben zwar ein Frauenstatut eingeführt und es geschafft, paritätische Listen aufzubauen. Mein Eindruck ist aber, dass die Partei es sich nicht wirklich zum Ziel gesetzt hat, mehr Frauen in die Partei zu bekommen und deshalb auch keine Strategie dafür entwickelt hat. Das wird als Problem der Frauen angesehen, nicht als Problem der Partei an sich.

Welche Rolle spielt das Wahlsystem? Einige Grüne sagen, die Partei habe mit der 50-Prozentquote und der Doppelspitze ihr Bestmögliches getan.

Ich wollte, dass Frauen auf die ersten Listenplätze kommen. Das wäre für mich ein wesentliches Element einer Gesamtstrategie gewesen - wengleich nicht das einzige. Wie die Frauen auf den Listen platziert sind, das hat

die Wahl ja auch gezeigt, ist nicht allein Ausschlag gebend. Aber es wäre ein Signal gewesen.

... das Déi Gréng vielleicht einen Chambersitz gekostet hätte.

Dass dieses Risiko zu groß gewesen sei, sagen viele. Ich meine aber, dass die Wähler einen François Bausch oder Jean Huss auch dann noch finden, wenn sie an zweiter Stelle in der Kandidatenliste stehen. Die ersten drei oder vier Listenplätze profitieren allesamt von der oberen Platzierung - weil Wähler ihre Stimmen meistens von oben nach unten verteilen. Frauen als erste Spitzenkandidatinnen aufzustellen, ist aber nicht genug. Die grünen Frauen hätten insgesamt stärker in den Vordergrund der Wahlkampagne gerückt und besser aufgebaut werden müssen.

Claude Adam rückt als dritter Abgeordneter für den Bezirk Zentrum nach. Mit Dir als Spitzenkandidatin hätte die Bilanz sicherlich anders ausgesehen. Hast Du mit Deinem Weggang das jetzige Ergebnis nicht mitzuerantworten?

Nein. Ich habe rechtzeitig angekündigt, dass ich aufhören werde. Die Partei hatte genug Zeit, eine Nachfolgerin aufzubauen. Die Frauenfrage wäre früher oder später sowieso aufgetaucht, egal ob ich jetzt oder erst in fünf Jahren gegangen wäre. Außerdem kann ich nicht nur um der Frauenquote willen bleiben - sonst wäre ich ja nur eine Alibi-Frau.

Die Grünen sind zu Koalitionsgesprächen mit der CSV bereit. Wie siehst Du ei-

ne grüne Regierungsbeteiligung zu diesem Zeitpunkt?

Grundsätzlich habe ich eine Regierungsbeteiligung immer eher skeptisch betrachtet - unter anderem weil man sich in der Regierungsarbeit schnell verbraucht. Damit will ich auf keinen Fall sagen, dass sich die Grünen nie an einer Regierung beteiligen dürfen. Aber zu diesem Zeitpunkt finde ich es verfrüht. Das Kräfteverhältnis ist nicht so günstig, um sich gegen die CSV einigermaßen durchsetzen zu können.

Welche Inhalte müssten Déi Gréng im Falle einer Koalitionsvereinbarung Deiner Meinung nach unbedingt durchsetzen?

Sie müssten sowohl Umwelt- als auch soziale Themen durchsetzen. Für mich gehört der BTB eindeutig dazu. Ebenso der Energiebereich mit einer Ökosteuer und dem Ausstieg aus dem Tanktourismus als Fernziel. In der Gesellschaftspolitik wäre für mich klar, dass die Homoeie kommen muss.

Die wird es mit der CSV sicher nicht geben. Staatsminister Jean-Claude Juncker hat sich zudem erst vor kurzem wieder ablehnend zur Ökosteuer geäußert.

Tja, das ist dann vielleicht die Richtungsfrage für die Grünen. Natürlich gibt es andere Themen, bei denen man eher punktet, aber wofür sind Déi Gréng da? Es geht ja gerade darum, neue Ideen in Gesellschaftsfragen auf die Tagesordnung zu setzen.

Ist das nicht utopisch? In Deutschland gibt es auch nur ein Lebenspartnerschaftsgesetz - und das haben die Rot-Grünen zu verantworten.

Nein, das ist für mich keine Utopie. Ich möchte in Luxemburg durchsetzen, was in den anderen Benelux-Staaten schon längst Realität ist. Mir stinkt, dass Luxemburg in Gesellschaftsfragen immer hinterher hinkt. Deshalb bin ich überhaupt in die Politik gegangen.

Und wenn nun das Szenario weitere fünf Jahre grüne Opposition ist?

Die Grünen hätten jetzt eine sehr gute Ausgangslage in der Opposition. Das ist ihr großer Wahlsieg. Von der DP wird kein frischer Wind kommen - das hat sie ja bereits in der Regierung bewiesen. Die eigentliche Herausforderung für Déi Gréng wird sein, den eigenen Anspruch Umweltpolitik mit Sozialpolitik zu verbinden, wirklich umzusetzen. Sie müssen sich dafür eine Strategie überlegen. Gerade jetzt, wo die Linken nicht mehr im Parlament vertreten sind, müssen sich die Grünen stärker bewusst sein, dass sie es sind, die eine linke Politik machen müssen.

Dann sind die bevorstehenden Koalitionsgespräche mit der CSV also nur eine Art Übung für den späteren Ernstfall?

Ich glaube nicht, dass die Grünen mit allzu großen Erwartungen in die Gespräche gehen werden.

Die Fragen stellte Ines Kurschat